

Privatkapitalismus und Staatskapitalismus.

Verringerung der Arbeitsproduktivität der Warenwirtschaft durch Ersatz von privatem durch staatliches Eigentum.

In der niedrigen und mittleren Stufe der Jagd- und Sammelwirtschaft wurden die Produkte der Arbeit in einen Fonds der Gemeinschaft geliefert und vollständig nach gemeinschaftlichen Übereinkünften aufgeteilt, und in einem solchen Produktions- und Verteilungssystem, dessen Basis das Gemeineigentums an den Produktionsmitteln und Produkten ist, kann es einen Warenaustausch offensichtlich nicht geben. Aber Arbeitsteilungen hat es auch in allen Entwicklungsstufen der Urgesellschaft gegeben, z.B. Arbeitsteilungen zwischen Männern die jagen und Frauen und Jugendlichen die sammeln, oder Arbeitsteilungen zwischen Werkzeugherstellern und Pflanzenanbau und Tierhaltung betreibenden Mitgliedern des Gemeinwesens. Gesellschaftliche Arbeitsteilung erzwingt also nicht unter allen gesellschaftlichen Verhältnissen einen Warenaustausch. Auch in einer typischen Sklavenhalterwirtschaft werden die Produkte der Arbeit vollständig für den Eigenbedarf produziert, die Produkte werden nicht zwischen verschiedenen Eigentümern ausgetauscht. Ebenso werden im reinen feudalistischen System Arbeitsprodukte für den Eigenbedarf der Feudalbauern und Grundherren produziert und damit nicht ausgetauscht.

Zwar war der Austausch von Produkten bereits Begleiter der hochentwickelten Urgesellschaft, ebenso war er Begleiter der Sklavenhaltersysteme und der Feudalsysteme, aber er trat in diesen Systemen ursprünglich nur in unbedeutendem Umfang auf. Erst im Verlauf der Höherentwicklung der Produktivkräfte über lange Zeiträume nahm seine Bedeutung für die Wirtschaftssysteme als Ganzes zu. Und erst im Kapitalismus wurde die Warenproduktion, also die Produktion für den Austausch, zum konstituierenden Element, zur Grundlage der ökonomischen Ordnung.

Ursprungsform des Privateigentums ist das Eigentum an den Produktionsmitteln und Produkten von großen Familien also das Familieneigentum. Aber auch bestimmte Formen des Gruppeneigentums wie z.B. Aktiengesellschaften, GmbHs und Genossenschaften, sprengen den Rahmen des Privateigentums nicht, falls diese Unternehmen ihre Produkte für den Austausch produzieren. Und auch dann, wenn in einer Volkswirtschaft unserer Zeit voneinander unabhängige staatliche Unternehmen gegründet werden, die ihre Produkte für den Austausch produzieren, wird der Rahmen des Privateigentums noch nicht gesprengt, solche "staatliche" Unternehmen unterscheiden sich in ihrem Eigentumsstatus im politökonomisch-historischen Sinne nicht wesentlich von den Privatunternehmen. Das Privateigentum im politökonomischen Sinne ist also weit genug für viele Formen des Gruppeneigentums. Auch Aktiengesellschaften mit einem großen Anteil an Kleinaktionären

(Volksaktien) sprengen den Rahmen des Privateigentums nicht, wenn diese Gruppen unabhängig und in Konkurrenz mit anderen Unternehmen Warenaustausch betreiben.

Wenn sich aber alle Unternehmen einer Volkswirtschaft zu einer nationalen Gemeinschaft zusammenschließen und ihre Produkte in einen Gemeinschaftsfonds, einen Fonds des Volkes liefern, und die Produkte damit zunächst in Volkseigentum verwandelt werden, dann geht die Voraussetzung für den Warenaustausch verloren. Der Warenaustausch setzt voraus, daß die Unternehmen Eigentümer der selbst hergestellten Produkte sind, und nur auf dieser Eigentumsgrundlage können die Unternehmen ihre Produkte gegen Produkte anderer Unternehmen austauschen. Gehören die Produkte unmittelbar nach der Herstellung und vor der Verteilung an die Konsumenten aber der Gemeinschaft bzw. dem Volk und damit nicht den Unternehmen, dann ist ein Warenaustausch gar nicht mehr möglich. Nur voneinander unabhängige Unternehmen mit Privateigentümerstatus im weiten Sinne (einzelne Personen, Familien, AGs, GmbHs, Genossenschaften) können ihre Produkte austauschen.

Die logische Konsequenz wäre damit an sich die, daß der Warenaustausch und damit die Warenproduktion nur beibehalten werden können, wenn das Privateigentum erhalten wird, und daß man den Warenaustausch aufgeben muß, wenn man echtes Gemeineigentum bzw. Volkseigentum **an den Produkten** einführen will.

Betrachtet man nicht die vielen Einzelheiten und Eigenheiten, die die privatkapitalistischen Systeme unterscheiden, so z.B. Unterschiede zwischen dem heutigen deutschen Kapitalismus und dem schwedischen, amerikanischen, oder japanischen Kapitalismus, oder z.B. Unterschiede zwischen dem rheinischen und dem Manchesterkapitalismus, verzichtet man in der Theorie also zunächst auf Differenzierungen der kapitalistischen Systeme in feinen Stufen, dann kann in der ersten Stufe der Differenzierung der kapitalistischen Systeme der Neuzeit zwischen **dem privatkapitalistischen und staatskapitalistischen System** unterschieden werden. Die allgemeine ökonomische Grundlage aller kapitalistischen Systeme, also auch dieser beiden Systeme, ist die Warenproduktion auf Basis der Lohnarbeit. Alle vorkapitalistischen Produktionsweisen - die urgesellschaftliche, die Sklavenhalterordnung und die feudalistische Produktionsweise - basierten hingegen nicht auf der Warenproduktion und der Lohnarbeit.

Die Begriffe Marktwirtschaft und Planwirtschaft sind unscharfe, nicht wirklich korrekte Begriffe für die Kennzeichnung des Unterschieds zwischen Privatkapitalismus und Staatskapitalismus. Plan und Markt sind in beiden Systemen präsent und unverzichtbar. Auch privatkapitalistische Unternehmen und Konzerne müssen planmäßig produzieren, und auch der Staat eines privatkapitalistischen Wirtschaftssystems muß seine Finanzen, seine Einnahmen und Ausgaben planen (Staatshaushaltsplan), und hierzu muß der Staat von einer Prognose des Produktionswachstums ausgehen, die mit einem schlechten volkswirtschaftlichen Produktionsplan zu vergleichen ist. Und auch im staatskapital-

istischen System spielt der Markt eine große Rolle, natürlich werden auch in diesen System die Konsumgüter auf dem Markt angeboten und nachgefragt und gekauft und verkauft, falls die Geldwirtschaft nicht aufgehoben wurde. Und selbst dann, wenn eine staatskapitalistische Volkswirtschaft wie eine einzige große nationale Fabrik organisiert und durchgeplant wäre, müßte diese Riesenfabrik die Nachfrage nach Konsumgütern auf dem Markt erforschen, um den Produktionsplan der Fabrik an die Nachfrage anpassen zu können. Das Endprodukt dieser Riesenfabrik wären Konsumgüter, die durch die Bevölkerung auf dem Markt nachgefragt werden. Der Unterschied zum privatkapitalistischen System im Vergleich zum idealen staatskapitalistischen bzw. "totalen staatsmonopolistischen" System ist nur der, daß hier viele Fabriken statt einer einzigen Fabrik die Nachfrage auf dem Markt ermitteln müssen, um ihre Produktionspläne anpassen zu können. Die Begriffe Markt- und Planwirtschaft haben sich eingebürgert - man hat sich an sie gewöhnt. Was die bürgerlichen Ökonomen hierunter verstehen würde hingegen objektiv besser durch die Begriffe Privat- und Staatskapitalismus gekennzeichnet werden.

Basiert die volkswirtschaftliche Produktion auf Unternehmen die Lohnarbeiter beschäftigen und die ihre Produkte für den Austausch produzieren, und werden die Preise im Konkurrenzkampf zwischen den Warenproduzenten auf dem Warenmarkt gebildet, und versucht jedes Unternehmen auf dieser Preisbildungsbasis die Kosten möglichst weit unter den Marktpreis zu drücken um damit einen möglichst hohen Gewinn zu realisieren, dann liegt in den wesentlichen Grundzügen ein kapitalistisches System vor. Sind auf Grundlage der Warenproduktion und der Lohnarbeit und des Gewinnziels die Produktionsmittel und Produkte der Unternehmen Eigentum einzelner Privatpersonen oder Familien, oder Eigentum von GmbHs oder Aktiengesellschaften oder Genossenschaften, dann liegt im wesentlichen ein privatkapitalistisches System. Die Produktion der meisten Länder der Welt basiert heute auf einem solchen privatkapitalistischen System. Werden hingegen die die weitaus meisten Produktionsmittel einer Volkswirtschaft verstaatlicht und wird die Warenproduktion auf Basis der Lohnarbeit so gut wie auf dieser Eigentumsgrundlage möglich aufrechterhalten, dann entsteht ein staatskapitalistisches System.

Die praktische Erfahrung zeigt, daß es heute im privatkapitalistischen System sowohl im Weltmaßstab als auch im nationalen Maßstab eine kleine Zahl von Gewinnern und eine große Zahl von Verlierern gibt. Auf der einen Seite gibt es Superreiche, Milliardäre, Multimillionäre usw., und auf der anderen Seite leben Milliarden Menschen in Armut, Not und Elend, und schlimmer noch, Millionen Menschen verhungern heute in jedem Jahr in der privatkapitalistischen Warenwirtschaft. Die Reichen in den reichsten Ländern bereichern sich auf Kosten der Armen, Hungernden und Verhungerten in den ärmsten Ländern, und das privatkapitalistische System der reichsten Länder nennt die offizielle Lehre soziale Marktwirtschaft. Ein Großteil der Warenproduzenten der Welt steht im privatkapitalistischen System vor größten ökonomischen Existenzproblemen, im Konkurrenzkampf mit den Warenproduzenten mit den günstigsten Bedingungen und der höchsten Produktivität steht der größte Teil der in der Arbeitsproduktivität rückständigen Warenproduzenten auf

verlorenem Posten. Marginalisierung, Massenbankrotte und Massenarbeitslosigkeit haben sich in der privatkapitalistischen Warenwirtschaft ausgebreitet. Heute in der Zeit des langwelligen weltwirtschaftlichen Abschwungs verschärfen sich auch die ökonomischen Probleme viele hochentwickelter Warenproduzenten der reichen Länder, auch in vielen reichen Ländern gibt es heute eine hohe Massenarbeitslosigkeit. Die Kapitalistenklasse und ihr Staat drücken in dieser Situation die Löhne und die Einkommen der Massen, um die Profitraten möglichst hoch halten zu können. Sozialdemokratische Regierungen in Deutschland, mit oder ohne CDU, betrieben in letzter Zeit massiven Sozialabbau. Eine solche neoliberalistische Politik ist heute, in der Krisenzeit, auch in den reichen Ländern notwendig, um die Profitraten möglichst hochhalten zu können.

Angesichts des massiven Sozialabbaus wird heute auch in den reichen Industrieländern des Westens die Kritik am "Neoliberalismus" bzw. am privatkapitalistischen System insgesamt immer lauter. In den ehemaligen RGW-Staaten des Ostens wurde versucht, die Probleme des privatkapitalistischen Systems durch Verstaatlichung der Produktionsmittel zu lösen, ein großangelegter Sozialismusversuch wurde unternommen. Nach der Theorie von Marx und Engels ist die Warenproduktion auf Basis der Lohnarbeit Wesensmerkmal der kapitalistischen Produktion, aber die Politiker und Ökonomen der RGW-Länder kamen zu dem Schluß, daß die Warenproduktion Grundlage auch der sozialistischen Wirtschaft sein müsse. Es wurde über mehrere Jahrzehnte hinweg konsequent versucht, die ökonomischen Großprobleme auf Basis einer staatlichen Warenproduktion zu lösen. Die Produktionsmittel der Unternehmen wurden verstaatlicht, der Staat erhielt das primäre Verfügungs- und Entscheidungsrecht über die Produktionsmittel und Produkte. Das Verfügungs- und Entscheidungsrecht in den Produktionssystemen wurde auf die Partei- Staats- und Wirtschaftsfunktionäre übertragen. Da der Staat die Preise festlegte, konnte das Gewinnssystem nicht mehr unverstümmelt funktionieren. Aber es wurde krampfhaft versucht das Gewinnssystem zu erhalten und teilweise ist dies auch gelungen. Damit entstand ein entartetes kapitalistisches System mit staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage, es entstand eine spezielle Form eines staatskapitalistischen Systems. Das Gewinnssystem wurde verstümmelt, aber es wurde zum Teil tatsächlich noch Gewinn durch Lohnarbeiter produziert. Der von Lohnarbeitern produzierte Gewinn, der an Kapitalbesitzer abgeben wird, ist ein Ausbeutereinkommen, und ein solches Ausbeutereinkommen gab es in der DDR tatsächlich. Kapitalbesitzer in der DDR waren die Partei- Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, die in der Gesamtheit etwa ein doppelt so hohes Gehalt bezogen als die Arbeiter und Angestellten ohne Leitungsfunktionen. Etwa die Hälfte des Einkommens der Partei- Staats- und Wirtschaftsfunktionäre war demnach unentgeltlich angeeigneter Gewinn und damit ein Ausbeutereinkommen. Im Gegensatz zum privatkapitalistischen System besaßen in diesem staatskapitalistischen System die Partei- Staats- und Wirtschaftsfunktionäre sämtliche Ausbeuter- und Unterdrückerrechte. Die Aufrechterhaltung der Warenproduktion und des Gewinnsystems auf Basis des staatlichen Eigentums hat also zu einem modifizierten kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückersystem geführt, in welchem die privatkapitalistischen Profiteure durch die Partei- Staats- und Wirtschaftsfunktionäre abgelöst wurden. **Der Schmarotzerauswuchs Staat, der von der Gesell-**

schaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, wurde zum alleinigen Ausbeuter und Unterdrücker im staatskapitalistischen System.

Durch den Übergang zum Staatskapitalismus wird die Klassengesellschaft nicht aufgehoben. Der Klasse der Lohnarbeiter steht die Klasse der Staatskapitalisten gegenüber - der "allgemeine Gesamtkapitalist". Das Privatkapital verwandelt sich in Staatskapital. Die Klasse der Staatskapitalisten verfügt allerdings nur in ihrer Gesamtheit über das staatliche Kapital, der Kapitalbesitz ist nicht mehr in Mark und Pfennig auf einzelne Privatpersonen aufgeteilt. Einen größeren Anteil am staatlichen Kapital, der unbestimmt bleibt, erwirbt sich der Staatsfunktionär nur durch ein größeres Gehalt und damit einen größeren Anteil am Gewinn, und durch ein größeres persönliches Verfügungs- und Entscheidungsrecht in wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten.

Friedrich Engels hat die Möglichkeit einer staatskapitalistischen Produktionsweise erkannt und klar ausgesprochen. Er hat erkannt, daß durch das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln bzw. durch das staatliche Kapital die Ausbeutung der Lohnarbeit nicht aufgehoben wird:

"Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaften der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben."¹

Aber im unmittelbar anschließenden Text verpackt Engels die Lösung des Problems, die Überwindung des Staatskapitalismus, in einen "dialektischen Widerspruch" und beseitigt damit alle Klarheiten in der Theorie:

"Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung. Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions- Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehen, daß die Gesellschaft offen

¹ Engels, Friedrich, MEW Bd.19, S. 222

und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andren Leitung außer der ihrigen erwachsenen Produktivkräften." ²

Engels sagt auch:

"Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt ... " ³

Also nach der Auffassung von Friedrich Engels kann das kapitalistische System nicht durch das staatliche sondern nur durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sowie durch die Aufhebung der Warenproduktion überwunden werden. Aber es ist schon verwunderlich, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht die Lösung des Konflikts ist, und dies wiederum doch. Damit hat Engels die Theorie in eine Form gebracht, in der sie für die Praktiker unverständlich und daher nicht praktikabel ist. Sagt man nicht **mehr**, als daß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln die Lösung des Problems sei, dann bleibt die Theorie so allgemein-nichtssagend, daß durch sie im Grunde keine Lösung sondern nur eine vage Vision vorgegeben wird.

Lenin hat diese Schwäche der Theorie überwunden, indem er unmißverständlich erklärt hat, daß der Staatskapitalismus Grundlage der sozialistischen Produktionsweise sein soll:

„Wenn die von uns angeführten Worte ein Lächeln hervorrufen, so ruft die Entdeckung der >linken Kommunisten<, daß der Sowjetunion angesichts einer >rechtsbolschewistischen Abweichung< eine >Evolution zum Staatskapitalismus< drohe, schon geradezu homerisches Gelächter hervor. Da haben sie uns aber wirklich einen Schreck eingejagt! Und mit welchem Eifer wiederholen die >linken Kommunisten< sowohl in Thesen als auch in Artikeln diese schreckliche Entdeckung. Sie haben nicht daran gedacht, daß der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts wäre gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik. Hätten wir in etwa einem halben Jahr den Staatskapitalismus errichtet, so wäre das ein gewaltiger Erfolg und die sicherste Garantie dafür, daß sich in einem Jahr der Sozialismus bei uns endgültig festigt und unbesiegbar wird. ... "Wie? In der sozialistischen Sowjetrepublik soll der Übergang zum Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts sein? ... Und das wäre kein Verrat am Sozialismus?" ⁴

Ferner schrieb Lenin:

² Engels, Friedrich, MEW Bd.19, S. 222

³ Engels, Friedrich, MEW Bd.19, S. 226

⁴ Lenin, W.I., Werke Bd.27, S.327, Dietz Berlin

"Ein geistreicher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den >>einfachen<< Werktätigen, die schufteten und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates - und wir haben einen vom >>Schmarotzer<< befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer aller Arbeit, wie die Arbeit aller 'Staats'beamten überhaupt, mit dem Arbeitslohn bezahlen. Das ist die konkrete, praktische Aufgabe, die in Bezug auf alle Trusts sofort ausführbar ist, wobei die Werktätigen von der Ausbeutung befreit und die Erfahrungen verwertet werden, die bereits die Kommune (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) praktisch zu machen begann. Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein dem >>Arbeiterlohn<< nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die ökonomische Grundlage des Staates, wie wir ihn brauchen." ⁵

Der Staatskapitalismus nach Lenins Paradigma ist realisiert worden, und es hat sich in der realen Welt herausgestellt, daß, so wie dies durch Engels vorhergesagt wurde, durch ihn die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter nicht aufgehoben wurde. Die Staatsfunktionäre, einschließlich die Parteifunktionäre und die hohen Funktionäre der staatlichen Betriebe, übernahmen die Rolle der Ausbeuter und Unterdrücker. Und die Beibehaltung der Warenproduktion auf Basis des staatlichen Eigentums hat zu einer Bürokratisierung und zu einer vergleichsweise niedrigen volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität geführt.

Aber der Grad der Ausbeutung der Lohnarbeiter wurde z.B. im staatskapitalistischen System der DDR im Vergleich zur BRD ganz beträchtlich verringert, und insgesamt wurde der produzierte Reichtum sehr viel gleichmäßiger verteilt als in der BRD. Das Nationaleinkommen wurde immer noch ungleichmäßig und ungerecht verteilt, aber wesentlich gerechter als in der BRD. Und das Problem der Massenarbeitslosigkeit konnte in der DDR gelöst und damit die soziale Sicherheit radikal verbessert werden. Und die Ablösung des Privateigentums durch das staatliche Eigentum hat noch eine ganze Reihe anderer positiver sozialer Verbesserungen mit sich gebracht.

⁵ Lenin, W.I., Werke Bd.25, S.339/340, Dietz Berlin

Aber die größere soziale Sicherheit, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die gleichmäßigere Verteilung wurden in der DDR erkaufte durch eine Bürokratisierung der Warenproduktion, und diese bürokratische Warenproduktion war im Vergleich zur natürlichen privaten Warenproduktion in der BRD weniger produktiv. Als das Volk in der DDR in der Wendezeit frei wählen konnte, hat es nicht den Staatskapitalismus, sondern den Privatkapitalismus gewählt. Die niedrigere Arbeitsproduktivität und damit das niedrigere Realeinkommen der Massen und die Unterdrückung des Volkes durch die Partei- Staats- und Wirtschaftsfunktionäre waren sehr wahrscheinlich entscheidend für diese Wahl des Volkes. Der Staat hatte den Lohnarbeitern in der DDR erklärt, daß die Lohnarbeiter der BRD ausgebeutet werden. Die Arbeiter der DDR haben 1990 die Ausbeutung gewählt, weil ihnen dadurch ein höheres Realeinkommen und weniger Unterdrückung garantiert werden konnte. Allerdings wurden vielen von ihnen die Augen geöffnet, als sie in der BRD in der Arbeitslosigkeit oder den Ein-Euro-Jobs oder Zeitarbeit angekommen waren.

Weitere Folgen der niedrigeren Arbeitsproduktivität des staatskapitalistischen Systems der DDR, neben den vergleichsweise niedrigen Reallöhnen, waren die zum großen Teil schlechteren Erzeugnisse der VEB-Betriebe, die zudem mit höheren Kosten produziert wurden, was unter anderem zu einer sehr viel schlechteren Position der DDR auf dem Weltmarkt im Vergleich zur BRD geführt hat. Durch den niedrigen Export entstand eine permanente Devisenknappheit. Auf Grund des permanenten Devisenmangels konnten Güter höherer Qualität und niedrigerer Kosten auf dem Weltmarkt nur sehr eingeschränkt erworben und damit die internationale Arbeitsteilung nur ungenügend genutzt werden. Im Vergleich zur BRD war dies ein enormer ökonomischer Nachteil, den man zum Teil durch Auslandsverschuldung wettmachen wollte. Die Folge war letztlich eine Schuldabhängigkeit von privatkapitalistischen Systemen.

Nach der marxistischen Theorie ist für den Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung eine höhere Arbeitsproduktivität im Vergleich zur alten Ordnung erste Voraussetzung. So gesehen ist der Sieg des privatkapitalistischen Systems des Westens über das staatskapitalistische System des Ostens ein Ereignis, das aus marxistischer Sicht zu erwarten war.

Bildet man autonome Unternehmen die Produkte für den Austausch und damit Waren produzieren, und werden die Preise nicht, wie in der DDR, durch den Staat, sondern durch das Wertgesetz der Warenmärkte festgelegt, und ist das Grundziel der Unternehmen die Gewinnmaximierung, dann entsteht entweder ein normales privatkapitalistisches System wie z.B. heute in der BRD, oder es entsteht dann, wenn eine massive Umverteilung des Gewinns durch den Staat möglich ist und vorgenommen wird, was eine Verstaatlichung der Produktionsmittel der Konzerne zur Voraussetzung hat, eine typische Form des staatskapitalistischen Systems. Eine solche massive Umverteilung des Gewinns der Warenproduzenten durch den Staat kann, wie es die Erfahrung gezeigt hat, zu einer gleichmäßigeren Verteilung und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zu größerer sozialer Sicherheit der Werktätigen führen.

Wenn aber der Staat die ungleiche Verteilung, die die Warenwirtschaft mit sich bringt, durch Umverteilungen verringern will, dann muß er zusätzlich zum Verteilungssystem der Warenproduktion ein staatsbürokratisches Verteilungssystem einführen. **Es entstand bei vielen Linken die Vorstellung, daß es Aufgabe des Staates sei, den Gewinn so umzuverteilen, daß eine hinreichend gleichmäßige Verteilung entsteht. Dazu aber müßte der Staat den Unternehmen mit den höchsten Gewinnen große Teile des Gewinns nehmen und den Unternehmen mit den größten Verlusten die größten Teile geben.** Der Staat müßte dann diejenigen Unternehmen, die mit der höchsten Arbeitsproduktivität und damit mit den niedrigsten Kosten und den höchsten Gewinnen produzieren bestrafen (durch Gewinnabgabenzwang), und der Staat müßte denjenigen Unternehmen, die mit der niedrigsten Arbeitsproduktivität und damit mit den höchsten Kosten und den höchsten Verlusten Gewinne produzieren belohnen (Gewinnzuteilungen bzw. Subventionen). **Die ursprünglich mächtige Triebkraft der privaten Warenwirtschaft den Gewinn zu maximieren wird daher um so stärker abgeschwächt, um so "gerechter" bzw. gleichmäßiger der Reichtum verteilt wird. Im Warenwirtschaftssystem drückt daher eine solidarische Verteilung der Einkommen die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität.**

Wie hätte die DDR die BRD im Niveau der Arbeitsproduktivität überholen können, wenn alle ökonomischen Grundsätze der kapitalistischen Warenwirtschaft übernommen werden, und wenn nur durch Umverteilung des Gewinns die Triebkraft der kapitalistischen Produktion, die Maximierung des Gewinns der Unternehmen, abgeschwächt wird?

Wenn ein Unternehmen der Warenwirtschaft Verluste realisiert, und wenn es vor dem Bankrott bewahrt werden soll, und wenn Entlassungen der Arbeiter und Angestellten verhindert werden sollen, dann muß der Staat den erfolgreichen Unternehmen Gewinne nehmen und den "Versagern" geben. Und wenn den "Versagern" Zuteilungen durch den Staat mit Sicherheit zustehen, sobald sie "versagen", warum sollen sie sich dann nicht von vorn herein ruhig und bequem in die "soziale Hängematte" zurücklegen? Eine konsequente Umverteilung der Gewinne durch den Staat zur Sicherung der Arbeitsplätze führt, wie gesagt, zu einer Belohnung der Unternehmen mit der niedrigen Arbeitsproduktivität bzw. der Unternehmen, die Verluste realisieren, denn sie erhalten zum Ausgleich der Verluste Subventionen. **Das Grundziel der Warenwirtschaft, die Gewinnmaximierung, verträgt sich also nicht mit dem Ziel einer gleichmäßigen und gerechten Verteilung.** Mit Recht wird eine solche Umverteilung durch staatliche Büros den erbitterten Widerstand der Großbourgeoisie und der gesamten Kapitalistenklasse im bürgerlichen Staat hervorrufen. Und letztlich kann die Bourgeoisie in einem privatkapitalistischen System ihre ökonomische Macht, ihre Geldmacht und ihren politischen Einfluß im Staat nutzen, um diese "ökonomische Sünde" im Großmaßstab zu verhindern.

Würden die großen Konzerne enteignet werden, dann könnte man ihnen zwar ihre ökonomische Macht und damit auch ihre politische Macht nehmen, und die Bürokraten im Staatsapparat hätten dann die Macht den Reichtum gleichmäßiger zu verteilen. Wenn aber die Warenwirtschaft Grundlage des Wirtschaftssystems bleiben würde, dann müßte der ökonomische Sündenfall, also die gleichmäßigere Verteilung des Gewinns, durch den sozialistischen Staat statt durch den bürgerlichen Staat vorgenommen werden. Und mit Hinsicht auf die Wirkung dieses "Sündenfalls" der gleichmäßigeren Verteilung in der Warenwirtschaft liegen praktische Erfahrungen vor. **Inbesondere im Vergleich der beiden deutschen Staaten - der ehemaligen DDR und der BRD - tritt die Wirkung der gleichmäßigeren und gerechteren Verteilung auf Basis der Warenwirtschaft klar zu Tage. Die Arbeitsproduktivität in der DDR blieb hinter der der BRD zurück.** Diese ökonomische Schwäche war meines Erachtens der Hauptgrund für das Scheitern des Sozialismusversuchs.

Sagt man, daß rückständige Unternehmen, die Verluste realisieren, auch in der sozialistischen Wirtschaft keine Existenzberechtigung haben sollen, daß auch die sozialistischen Unternehmen sich dem Konkurrenzkampf zwischen den Produzenten auf dem Markt stellen müssen, und daß ihre Produktion eingestellt werden muß, wenn Verluste produziert werden, dann läuft dies in der realen Welt auf die gleichen Resultate wie in der privatkapitalistischen Wirtschaft hinaus - Massenbankrotte und Massenarbeitslosigkeit sind die Folge des großartigen Prinzips der Konkurrenz zwischen den Warenproduzenten mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau bzw. mit großen Unterschieden in der Arbeitsproduktivität. Die Erfolgreichen mit den hohen Gewinnen werden in diesem Fall nicht bestraft, und die Unternehmen mit den niedrigen Gewinnen und Verlusten werden nicht belohnt, aber Massenbankrotte, Massenarbeitslosigkeit und ungleiche Entwicklungen der Einkommen müssen dann in Kauf genommen werden. **Eine gerechte und gleichmäßige Verteilung bei unterschiedlicher Entwicklung widerspricht, wie gesagt, den Gesetzen der Warenwirtschaft bzw. dem Wertgesetz.**

Auf Basis der Warenproduktion, des Warenaustauschs und des Gewinnssystems führt eine gerechtere und gleichmäßigere Verteilung, unter sonst gleichen Umständen, wie gesagt, zu einer niedrigeren Arbeitsproduktivität im Vergleich zur gewöhnlichen privaten Warenwirtschaft. Auch wenn man in der heutigen BRD die Konzerne enteignen würde und so die Möglichkeit einer gleichmäßigeren Verteilung in relevanten Umfang erhalten und auch tatsächlich praktizieren könnte, wenn also die BRD die "soziale Hängematte" konsequent im Großmaßstab einführen würde, dann würde die Arbeitsproduktivität in der BRD, im Vergleich zu den Warenwirtschaften ohne "soziale Hängematte" in anderen Teilen der Welt mit ähnlichen ökonomischen Voraussetzungen, langsamer steigen. Die Folge wäre ein Zurückfallen in der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Der Sieg der Staaten des privatkapitalistischen Räubersystems wäre in der langen Frist ebenso sicher, wie die Niederlage der DDR vorprogrammiert war, weil eine gerechtere Verteilung auf Basis der Warenproduktion zu einem System mit niedrigerer Arbeitsproduktivität führt.

Der Warenaustausch und damit die Warenproduktion setzen im Grunde genommen das Privateigentum an den Produktionsmitteln voraus. Der Versuch eine Warenwirtschaft auf Basis des Gemeineigentums zu betreiben führt zu einem bürokratischen Wirtschaftssystem voller Widersprüche, welches, unter sonst gleichen Voraussetzungen, in der Arbeitsproduktivität hinter der historisch gewachsenen privaten Warenwirtschaft zurückbleibt. **Die Ansätze des Gemeineigentums, die es in der DDR zweifellos gab, hätten meines Erachtens nur dann zu einem System mit höherer Arbeitsproduktivität führen können, wenn eine Theorie der Produktion und Verteilung entwickelt worden wäre, die sich von der Warenwirtschaft wesentlich unterscheidet, so wie dies durch Marx und Engels gefordert wurde.**

Manche Wirtschaftswissenschaftler der DDR haben das Problem der Aufhebung oder Beibehaltung der Warenproduktion im Sozialismus eingehend behandelt. Zum Beispiel Fritz Behrens hat sich gründlich mit dem Problem der Warenproduktion im Sozialismus auseinandergesetzt, auch mit Hinsicht auf Marxens Auffassungen in dieser Hinsicht. Er schrieb:

"Marx und Engels betonten, wenn sie zu Fragen der sozialistischen Wirtschaft Stellung nahmen, daß der Sozialismus mit Warenproduktion unvereinbar sei." ⁶

Wie man die Sache auch begründet, man muß Marxens Sozialismustheorie im grundsätzlichen revidieren, wenn man voraussetzt, daß die Warenproduktion Grundlage der sozialistischen Wirtschaft sein muß. In der Praxis allerdings hat der Versuch, die sozialistische Wirtschaft auf der Warenproduktion aufzubauen, zurück zur natürlichen Warenproduktion, also zurück zur gewöhnlichen kapitalistischen Wirtschaft geführt. Warenproduktion und Warenaustausch setzen offenbar unabhängige Unternehmen voraus, die auf dem Markt konkurrieren. Nur dann, wenn die Preise auf dem Markt im Konkurrenzkampf zwischen unabhängigen Unternehmen frei gebildet werden, kann die Preisbildung durch die gesellschaftlich durchschnittlich nötige Arbeitszeit funktionieren, nur auf dieser Basis kann sich das Wertgesetz der Warenmärkte durchsetzen, und nur auf dieser Basis ist das Gewinn- bzw. Profitsystem eine mächtige Triebkraft zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Behrens meint, daß die Warenproduktion noch nicht im Sozialismus, sondern erst in einer späteren Wirtschaftsordnung, dem Kommunismus, aufgehoben werden kann, und er begründet dies wie folgt:

"Die kommunistische Gesellschaft, in der die Produzenten ihre Produkte nicht austauschen, und in der die verausgabte Arbeit infolgedessen auch nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteil der Gesamtarbeit erschienen kann, kann nur auf einem hohen Entwicklungsniveau

⁶ Behrens, Fritz, Ware, Wert und Wertgesetz, S. 2, Berlin 1961

der gesellschaftlichen Produktivkräfte beruhen. Aber lange bevor das Niveau der Produktivkräfte den Kommunismus ermöglicht, macht ihr bereits erreichtes Niveau die Vergesellschaftung der Produktionsmittel notwendig." ⁷

Warum aber soll ein sehr viel höheres Niveau der Produktivkräfte als das heute erreichte Voraussetzung für die Aufhebung der Warenproduktion sein? In der Urgesellschaft tauschten die Produzenten, die Jäger und Sammler, ihre Produkte ebenfalls nicht aus, obwohl niemand bestreiten wird, daß dies auf einem sehr viel niedrigerem Niveau der Produktivkräfte der Fall war. In der Urgesellschaft wurden die Produkte der gemeinschaftlichen Arbeit in einen Fonds der Gemeinschaft geliefert und nach gesellschaftlichen Übereinkünften, sozusagen planmäßig, aufgeteilt. Warum sollte in unserer Zeit die Arbeitsproduktivität, die beispielsweise in der DDR erreicht war, noch sehr viel weiter steigen müssen, bevor die Produkte von volkseigenen Betrieben in einen Fonds des Volkes geliefert werden können, die danach durch Verkauf in Geld verwandelt und zunächst in Form von Geldzuteilungen an große Unternehmensvereinigungen nach einem nationalen Plan aufgeteilt werden? Warum soll eine planmäßige Aufteilung von finanziellen Mitteln im volkswirtschaftlichen Maßstab auf Basis des Volkseigentums erst auf einem sehr viel höheren Niveau der Produktivkräfteentwicklung möglich sein, als dem heutigen? Die sozialistischen Unternehmen könnten in einem echten sozialistischen System die Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Produkte in einen zentralen Fonds des Volkes einzahlen, und anschließend könnten diese Gelder nach einem volkswirtschaftlichen Plan in großen Portionen auf Unternehmensvereinigungen bzw. Kombinate aufgeteilt werden. Nach dieser ersten Geldzuteilung durch den Staat könnten die Kombinate ihren Betrieben Geldmittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne zuteilen, und die Betriebe könnten damit nach freier Entscheidung diejenigen Produkte dem gesellschaftlichen Fonds entnehmen, mit anderen Worten, auf dem Markt kaufen, die ihrem Bedarf entsprechen. In einem solchen Zuteilungssystem wären die Produkte der Arbeit Volkseigentum und kein betriebliches Eigentum, und damit könnten die Betriebe ihre Produkte nicht austauschen. Die Produkte würden in einem solchen System nicht nach den Regeln des Warenaustauschs verteilt werden, sondern planmäßig durch die Gemeinschaft bzw. das Volk aufgeteilt werden, ohne jede Rücksicht auf das Wertgesetz der Warenwirtschaft und ohne die anderen Grundregeln des Warenwirtschaft. Die Betriebe könnten ihre Produktionspläne schnellstmöglich an die zahlungsfähige Nachfrage auf dem Markt anpassen, aber sie würden ihre Produkte nicht für den Austausch produzieren, sondern in einen Fonds der Gemeinschaft liefern, und sie wären damit keine Warenproduzenten, obwohl sie in vieler Hinsicht den Status selbständiger und unabhängiger Unternehmen besitzen würden.

Ein anderes Argument, mit welchem Behrens zu begründen versucht, daß die Warenproduktion im Sozialismus nicht aufgehoben werden kann, ist folgendes:

⁷ Behrens, Fritz, Ware, Wert und Wertgesetz, S. 40/41, Berlin 1961

"Das Arbeitsprodukt nimmt unter sozialistischen Bedingungen also selbst dort die Warenform an, wo kein Eigentumswechsel stattfindet. ... Wie innerhalb des staatlichen Sektors, so auch beim Austausch zwischen dem staatlichen Sektor und dem genossenschaftlichen Sektor, kann man die Verwandlung des Produkts in Ware nicht aus der Zirkulation und aus der Tatsache des Eigentumswechsels ableiten. Für die Verwandlung der Produkte in Waren ist sowohl für die Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors als auch für die Beziehungen zwischen beiden Sektoren der sozialistischen Produktion allein die Tatsache ausschlaggebend, daß die Produkte Produkte 'isolierter Produzenten' sind, die mit ihrer Produktion nicht ihre eigenen – produktiven oder individuellen – Bedürfnisse befriedigen, sondern gesellschaftliche Bedürfnisse." ⁸

Auch diejenigen Produkte - halbfertige oder fertige - die von einer Abteilung an eine andere Abteilung eines Unternehmens geliefert werden, werden nicht für den Eigenbedarf der liefernden Abteilung produziert. Wenn z.B. ein Produkt von einem Werkteil an einen anderen Werkteil des gleichen Unternehmens geliefert wird, dann findet erstens, kein Eigentumswechsel statt, zweitens, befriedigt die Lieferung nicht die eigenen Bedürfnisse des Lieferwerkes, und drittens, ist auch jeder Betriebsteil, der mehrere oder viele Arbeiter und Angestellte beschäftigt, eine gesellschaftliche Institution, d.h. es werden mit der Lieferungen von Produkten an andere Werkteile auch gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt, ebenso wie mit der Lieferung eines Produkts von einem VEB-Betrieb an einen anderen. Aber selbst Fritz Behrens würde wohl kaum behaupten, daß Lieferungen von einer Abteilung an eine andere Abteilung oder von einem Werkteil an einen anderen Werkteil des gleichen Unternehmens einen Austausch von Waren darstellen.

Aber könnte es nicht richtig sein, daß Lieferungen von "isolierten" VEB Betrieben an andere "isolierte" VEB-Betriebe die Grundbedingungen des Warenaustauschs erfüllen? Folgendes kann hierzu gesagt werden: **Erstens**, die Betriebe der DDR waren volkseigene Betriebe, also Betriebe, die sich zu einer nationalen Gemeinschaft zusammengeschlossen hatten, und die nach einem nationalen Plan produzierten, und solche Betriebe sind keine unabhängige bzw. isolierte Unternehmen wie Privatunternehmen des Warenwirtschaftssystems. **Zweitens**, was entscheidend ist, stellt eine Lieferung von einem Betrieb an einen anderen Betrieb noch keinen Austausch von Produkten dar, auch dann nicht, wenn ein Eigentumswechsel stattfindet. Es wird mit dem Verkauf eines Produkts an ein anderes Unternehmen zunächst nur ein Produkt gegen Geld getauscht, aber es wird damit noch nicht ein Produkt gegen ein anderes Produkt ausgetauscht.

Unzweifelhaft findet Warenaustausch statt, wenn z.B. ein Sack Korn gegen einen Pflug direkt getauscht wird, und wenn die Tauschpartner diese Produkte für annähernd gleichwertig halten. Der Kornbesitzer verkauft damit sein Korn und der Pflugbesitzer verkauft seinen Pflug. Aber die Lieferung eines Produkts von einem unabhängigen Unternehmen an ein anderes erfüllt noch nicht

⁸ Behrens, Fritz, Ware, Wert und Wertgesetz, S. 41/42, Berlin 1961

die Bedingungen des Warenaustauschs. Es wird mit der Lieferung an ein anderes Unternehmen und der Bezahlung **Produkt gegen Geld** getauscht, aber noch nicht **Produkt gegen Produkt**. Wenn ein VEB-Betrieb eines seiner Produkte an einen anderen VEB-Betrieb liefert, und wenn der empfangene Betrieb die Lieferung bezahlt, dann kauft letzterer zwar das Produkt, und der liefernde Betrieb verkauft es, aber der Verkauf des Produkts stellt noch keinen Warenaustausch dar. Damit ein Warenaustausch zustande kommen kann, muß der liefernde und verkaufende Betrieb erstens, Eigentümer des Geldes aus diesem Verkauf werden, und der Betrieb und seine Mitglieder müssen zweitens, mit diesem Geld andere Produkte kaufen, Produktionsmittel und Konsumtionsmittel, deren Wert den Geldeinnahmen aus dem Verkauf des Produkts entspricht. Nur dann werden durch den Betrieb und seine Mitglieder Waren gegen Waren ausgetauscht.

Auch ein Tausch Produkt gegen Produkt muß nicht unter allen Umständen ein Warenaustausch sein. Wenn z.B. urgesellschaftliche Gemeinschaften aufeinandertrafen und Geschenke austauschten, ohne auf Gleichwertigkeit der veräußerten Güter zu achten, dann lag zwar in gewissem Sinne ein Austausch von Produkten vor, aber es handelt sich in diesem Fall noch nicht um einen Warenaustausch. Oder wenn z.B. eine Familie A an eine Familie B Geschenke übereignet und umgekehrt, und niemand einen Austausch von Produkten gleichen Werts verlangt, dann findet kein Warenaustausch statt. Also Existenzbedingung des Warenaustauschs ist nicht nur ein Produktentausch, sondern auch ein nach der Einschätzung der Tauschpartner wertgleicher Tausch, ein Tausch von Äquivalenten.

Den Warenaustausch in der Geldwirtschaft hat Marx durch die Formel W-G-W gekennzeichnet. Sie besagt, daß der Produzent seine Ware zunächst gegen Geld tauscht, symbolisch W-G, und daß er danach dieses Geld gegen andere Produkte tauscht, symbolisch G-W. Erst durch diese beiden sich ergänzenden Transaktionen kommt ein äquivalenter Tausch von Produkten, und damit ein Warenaustausch zustande.

Wenn sich hingegen die weitaus meisten Betriebe einer Volkswirtschaft zu einer nationalen Gemeinschaft zusammengeschlossen haben, und wenn die Geldmittel aus dem Verkauf ihrer Produkte in einen Fonds des Volkes fließen und damit kein Eigentum der Betriebe sind, und wenn die Geldmittel des zentralen Fonds nach einem volkswirtschaftlichen Plan auf große Unternehmensvereinigungen aufgeteilt werden, und zwar so, daß Betrieben oder Kombinatn mit ungünstigen Bedingungen prinzipiell Zuteilungen aus dem Fonds der Gemeinschaft zustehen, Zuteilungen, die die ökonomische Existenz der Betriebe und die Arbeitsplätze zu jeder Zeit sichern, dann wird der produzierte Reichtum ähnlich verteilt wie im Urkommunismus, nur daß durch den Volkswirtschaftsplan nicht Naturalien aufgeteilt werden, sondern Geld in großen Portionen auf große Gruppen aufgeteilt wird. Der Warenaustausch wird damit aufgehoben, obwohl Produkte noch gekauft und verkauft werden. **Also der Verkauf oder Kauf eines Produkts allein ist noch kein hinreichendes Merkmal für den Warenaustausch.**

Zum Verhältnis von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Warenaustausch schrieb Behrens:

"Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit erfordert den wechselseitigen Austausch der in den Arbeitsprodukten vergegenständlichten Arbeiten." ⁹

Der Gegensatz zu Marxens Ansicht könnte nicht größer sein:

"In der Gesamtheit der verschiedenartigen Gebrauchswerte oder Warenkörper erscheint eine Gesamtheit ebenso mannigfaltiger, nach Gattung, Art, Familie, Unterart, Varietät verschiedener nützlicher Arbeiten - eine gesellschaftliche Teilung der Arbeit. Sie ist Existenzbedingung der Warenproduktion, obgleich Warenproduktion nicht umgekehrt die Existenzbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung. In der altindischen Gemeinde ist die Arbeit gesellschaftlich geteilt, ohne daß die Produkte zu Waren werden. Oder, ein näher liegendes Beispiel, in jeder Fabrik ist die Arbeit systematisch geteilt, aber diese Teilung nicht dadurch vermittelt, daß die Arbeiter ihre individuellen Produkte austauschen. Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber." ¹⁰

Gesellschaftliche Arbeitsteilung erfordert also nicht unter allen Umständen einen Warenaustausch. Nur im kapitalistischen Wirtschaftssystem geht die Arbeitsteilung mit Notwendigkeit mit dem Warenaustausch einher. Behrens hat in seinem Buch "Ware, Wert und Wertgesetz" auf Marxens Text im obigen Zitat hingewiesen ¹¹, aber er behauptet trotzdem, daß die gesellschaftliche Arbeitsteilung einen Warenaustausch im Sozialismus objektiv notwendig macht.

Tony Cliff hat die faktische Aufhebung der Warenproduktion in Bezug auf die russische Wirtschaft der Stalin-Ära bereits in den siebziger Jahren klar ausgesprochen:

"Formal erfolgt die Verteilung der Produkte zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen über den Austausch; aber da eine Institution, der Staat, Eigentümer aller Unternehmen ist, gibt es keinen realen Warenaustausch." ¹² Und weiter:

"Der Unterschied läßt sich vielleicht am Beispiel einer weniger komplexen Gesellschaft, etwa der ägyptischen Gesellschaft unter der Herrschaft der Pharaonen, verdeutlichen. Ein Pharaon mußte sich ausrechnen, wie er die Gesamtarbeitszeit (...) seiner Sklaven entsprechend den Bedürfnissen seiner

⁹ Behrens, Fritz, Ware, Wert und Wertgesetz, S. 34, Berlin 1961

¹⁰ Karl Marx, das Kapital, Erster Band, S. 56/57

¹¹ Behrens, Fritz, Ware, Wert und Wertgesetz, S. 16, Berlin 1961

¹² Cliff, Tony, Staatskapitalismus in Rußland, S.204, Frankfurt am Main 1975

Gesellschaft aufteilen sollte. Seine Methode war sehr direkt. Eine bestimmte Anzahl Sklaven wurde in die Lebensmittelproduktion gesteckt, eine bestimmte Anzahl in die Luxusgüterproduktion, andere beim Bau von Bewässerungssystemen eingesetzt, wieder andere beim Pyramidenbau usw. ... Zwischen der Arbeitsteilung unter den Pharaonen ohne Preissystem und der Arbeitsteilung unter Stalin mit Preissystem besteht nur ein gradueller, kein grundlegender Unterschied. Ebenfalls bestände nur ein gradueller Unterschied, ob Ford seine Unternehmen entweder als eine Verwaltungseinheit zusammengefaßt leitet oder sie in kleinere Einheiten aufsplittet, um besser kalkulieren und dirigieren zu können." ¹³

In den Volkswirtschaften der ägyptischen Pharaonen gab es natürlich eine gesellschaftliche Teilung der Arbeit, aber einen Warenaustausch erforderte die gesellschaftliche Arbeitsteilung in diesem System nicht.

Heute fordern die meisten Revisionisten selbständige unabhängige Unternehmen im Sozialismus, die Warenproduktion und Warenaustausch betreiben sollen. Man hat damit die marxistische Sozialismustheorie aufgegeben und setzt auf die Warenwirtschaft – und kommt letztlich an, wo man in diesem Fall ankommen muß – in der althergebrachten kapitalistischen Ausbeuterordnung mit allen ihren Widersprüchen.

Ein weiterer Grund dafür, daß das Prinzip der Warenproduktion in der heutigen Zeit zu unlösbaren Widersprüchen führen muß ist der folgende.

In der Warenwirtschaft müssen die Kosten der Unternehmen unter dem Marktpreis liegen, damit Gewinn realisiert werden kann. Und auf jeden Fall ergibt sich in diesem System der Zwang, daß die **Produktionsmittel**-Kosten eines Unternehmens, das eine Genossenschaft sein kann, unter dem Marktpreis liegen müssen, da andernfalls überhaupt kein Einkommen produziert werden würde, weder Gewinn noch Lohn. Wenn ein großer Teil der Warenproduzenten der Erde ein Rückstand in der Arbeitsproduktivität hat, dann liegt das Einkommen dieser Unternehmen zunächst unter dem Durchschnitt, während die Unternehmen mit der überdurchschnittlichen Arbeitsproduktivität einen Extramehrwert bzw. insgesamt ein überdurchschnittliches Einkommen realisieren, weil ihre Produktionsmittelkosten tiefer unter dem Marktpreis liegen. Wenn der Unterschied in der Arbeitsproduktivität ein bestimmtes Maß erreicht hat, dann können die rückständigen Warenproduzenten auf Basis des Wertgesetzes, also auf Basis der Wert- und Preisbildung der Warenmärkte und des Gewinnsystems, zunächst keinen Gewinn und schließlich überhaupt kein Einkommen mehr realisieren. Eine solidarische Genossenschaft die im Konkurrenzkampf mit anderen Unternehmen Warenaustausch betreibt und auf Grund von Rückständen im Entwicklungsniveau mit Produktions-

¹³ Cliff, Tony, Staatskapitalismus in Rußland, S.206 f, Frankfurt am Main 1975

mittelkosten über dem Marktpreis produziert und die damit kein Einkommen produzieren kann, mag zwar überaus solidarisch gesinnt sein, wenn sie aber für ihre Mitglieder kein Arbeitseinkommen realisieren kann, was nützt dann die edelmütigste Solidarität?

Bei einem bestimmten Unterschied in der Arbeitsproduktivität entsteht ein solcher Zustand, wie wir ihn heute in der Welt der Warenwirtschaft beobachten können. Massenhafte Ruinierung von Produzenten, Marginalisierung und ökonomische Existenzprobleme bis zur Hoffnungslosigkeit breiten sich in manchen Entwicklungsländern aus, wenn die Warenproduktion Grundlage des Wirtschaftssystems ist, und auch eine großer Teil der Unternehmen des Ostens, z.B. Albaniens, Rumäniens, Bulgariens und Ostdeutschlands, steht vor größten ökonomischen Existenzproblemen.

Und da die Unterschiede in der Arbeitsproduktivität in der historischen Tendenz in den meisten Fällen großer Rückständigkeit eher zu als abnehmen, was dadurch dokumentiert ist, daß die Einkommensunterschiede zwischen den armen und reichen Ländern immer größer werden, sind auf der Grundlage der Einkommensverteilung nach den Gesetzen der Warenproduktion in der Zukunft zunehmende Armut und Hungersnöte zu erwarten. Sagt man, daß die ärmsten Produzenten mit den schlechtesten Bedingungen die Arbeitsproduktivität ja nur schneller steigern brauchen, als die reichsten Produzenten mit den besten Bedingungen, sagt man z.B. daß der arme, rückständige äthiopische Kleinunternehmer die Arbeitsproduktivität nur schneller zu steigern braucht, als die reichsten und am höchsten entwickelten Konzerne Deutschlands und Japans, dann muß dies in den Ohren der in der Entwicklung Zurückgebliebenen Armen und Hungernden wie reiner Zynismus klingen.

Sagt man, daß die extrem ungleichmäßige Einkommensverteilung durch die Warenwirtschaft durch den Nationalstaat oder durch einen Weltstaat mit Hilfe einer Umverteilung weitgehend rückgängig gemacht werden kann, dann will man im Grunde ein doppeltes Verteilungssystem installieren, erstens, zunächst das Verteilungssystem der Warenwirtschaft mit katastrophalen sozialen Folgen, zweitens, ein solidarisches Verteilungssystem durch bürokratische Festlegungen des Staates, das dem Produktions- und Verteilungssystem der Warenwirtschaft widerspricht.

Auch im nationalen Maßstab hochentwickelter Industrieländer gibt es große Unterschiede in der Arbeitsproduktivität, erstens zwischen manchen Regionen wie z.B. Norditalien und Süditalien, oder Westdeutschland und Ostdeutschland, zweitens, zwischen einzelnen Unternehmen der gleichen Region. Zum Beispiel auch im reichen Deutschland gibt es heute Massenbankrotte und Massenarbeitslosigkeit. Ebenso Obdachlose, Hungerleider, und Superreiche. Auch national wird der produzierte Reichtum im Warenwirtschaftssystem extrem ungleichmäßig verteilt.

Zunächst stellt sich mit dem Übergang zum staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der Abschaffung des Privateigentums das Problem, daß trotz bestmöglicher Beibehaltung der

Warenproduktion die Preisbildung der Warenmärkte nicht mehr unverstümmelt funktionieren kann. Man hatte in der DDR keinen gleichwertigen oder überlegenen Ersatz für die Preisbildung der Warenmärkte gefunden. Man glaubte die Preisbildung der Warenmärkte nachbilden zu müssen, teilweise hat man krampfhaft versucht, die Preise des Weltmarktes der Privatwirtschaft zu übernehmen. Aber es ist doch klar, daß die Privatwirtschaft nicht weltweit aufgehoben werden dürfte, wenn nur sie die "richtigen" Preise bilden könnte.

Zwar wurde Marxens Hinweis, daß die Arbeitszeit der Preisbildung im Sozialismus zugrunde liegen soll von manchen Theoretikern aufgegriffen, aber es wurde versucht, die Wert- und Preisbildung der Warenmärkte durch Arbeitszeitrechnungen nachzuahmen. Man hätte hierzu die Arbeitszeiten einer riesigen Zahl von Erzeugnissen und Zuliefererzeugnissen der ganzen Welt kennen müssen, auch die Arbeitszeiten, die in der Vergangenheit bei der Herstellung der im aktuellen Jahr gekauften und verbrauchten Produktionsmittel aufgewandt wurden. Zum großen Teil sind diese Zeiten der Vergangenheit nicht dokumentiert, und im Grund wäre der Riesenaufwand sinnlos, wenn diese Preise auf dem Warenmarkt selbsttätig gebildet werden. Außerdem wie soll man den weltweit durchschnittlichen Arbeitszeitaufwand z.B. für ein Fernsehgerät berechnen, wenn es keine zwei gleichen Fernsehgerätetypen verschiedener Hersteller gibt. Die Fernsehgeräte der verschiedenen Hersteller unterscheiden sich in der Regel im Gebrauchswert bzw. in der Gesamtheit der technischen Merkmale ganz erheblich. Und unterschiedliche Gebrauchswerte liegen vorrangig bei den meisten Erzeugnisarten und Erzeugnisarten vor. Wenn man einen Weltdurchschnitt der aufgewandten Arbeitszeiten für eine bestimmte Warensorte berechnen will, dann müßte man für Hunderte Millionen Erzeugnistypen Klassen mit hoher Ähnlichkeit bilden, und das wäre, abgesehen von der Schwierigkeit oder Unmöglichkeit die Kriterien der Zugehörigkeit der Typen zu einer bestimmten Klasse objektiv zu bestimmen, mit einem Riesearbeitsaufwand verbunden. Es ist meines Erachtens von vorn herein ein Irrweg, wenn man einen weltwirtschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeitaufwand für das "gleiche" Erzeugnis und auf diese Weise den Preis bestimmen will. Supercomputer ändern daran nicht das geringste. Und wozu der ganze Aufwand, wenn sich solche Preise ohnehin selbsttätig auf dem Markt einstellen?

Professor Matho, der maßgeblich an der Theoriebildung im Zuge der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR in den 60-iger Jahren beteiligt war, fordert zwar zunächst eine konsequente Nutzung der Warenproduktion und des Gewinnsystems im Sozialismus, er wollte aber damals nicht die Preisbildung auf dem Warenmarkt übernehmen, sondern sie bürokratisch nachbilden. Zunächst sagt Professor Matho:

"Bekanntlich ist die Warenproduktion eine historische Form der Produktion. Sie bestand in mehreren Produktionsweisen, und sie bleibt offensichtlich auch im Sozialismus bestehen. Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen handelt es sich jedoch um eine spezifische Form der Warenproduk-

tion, da sie – im Gegensatz zu allen anderen Gesellschaftsordnungen – nicht mehr auf den Privateigentum, sondern auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht." ¹⁴

"Äquivalententausch, Warenaustausch, ist auch zwischen staatlichen Betrieben notwendig." ¹⁵

Und Matho beruft sich hierbei auch auf den sowjetischen Ökonomen I. I. Kusminow:

"Bei dem im Sozialismus gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte sind die Kooperationsbeziehungen zwischen den einzelnen Betrieben noch zu wenig entwickelt ... Deshalb müssen die Beziehungen zwischen den Betrieben notwendigerweise auf dem Prinzip der Erstattung der Ausgaben, d.h. des Warenaustauschs beruhen." ¹⁶

Und Matho weiter:

"Die materielle Interessiertheit erfordert, daß die Gesellschaft jedem Betrieb die von ihm aufgewandte gesellschaftlich notwendige Arbeit äquivalent ersetzt. Die Aufwendungen des Betriebes für die Produktion seiner Erzeugnisse müssen, natürlich soweit sie gesellschaftlich notwendig sind, in voller Höhe erstattet werden. Es müssen also gleiche Mengen gesellschaftlich notwendiger Arbeit ausgetauscht werden." (S.33)

"Wenn die Erhöhung, die Maximierung des Profits in der kapitalistischen Gesellschaft Selbstzweck ist, so ist der Gewinn im Sozialismus Mittel und Ausdruck für die Verwirklichung des Zieles der sozialistischen Produktion Der Gewinn dient der Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion und ist, richtig angewandt, im Maßstab des Betriebes und des Zweiges Kriterium des Nutzeffekts ... Er repräsentiert in zusammengefaßter Form die wesentlichen Seiten der ökonomischen Leistung der Betriebe ..." ¹⁷

"Der Gewinn spielt eine entscheidende Rolle in der sozialistischen Wirtschaft. ... Der Gewinn muß daher zum Hauptkriterium für die Beurteilung der betrieblichen Leistung gemacht werden." ¹⁸

¹⁴ Matho, Fred, Ware-Geld-Beziehungen im Neuen ökonomischen System, S. 31, Lektionen der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1965

¹⁵ Matho, Fred, Ware-Geld-Beziehungen im Neuen ökonomischen System, S. 33, Lektionen der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1965

¹⁶ Kusminow, I. I., Einige Fragen der ökonomischen Theorie beim Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, S. 31, Berlin 1961

¹⁷ Matho, Fred, Ware-Geld-Beziehungen im Neuen ökonomischen System, S. 36, Lektionen der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1965

¹⁸ Matho, Fred, Ware-Geld-Beziehungen im Neuen ökonomischen System, S. 126/127, Lektionen der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1965

Wenn aber die sozialistischen Betriebe Produkte für den Austausch und damit Waren produzieren sollen, und wenn sie ihre Ausgaben durch den Verkauf ihrer Produkte voll erstattet bekommen sollen, und wenn die Preise dem gesellschaftlich durchschnittlich nötigen Arbeitszeitaufwand entsprechen und auf dieser Basis der Gewinn maximiert werden soll, und wenn die Kooperationsbeziehungen zwischen den Betrieben noch zu kompliziert sind um sie in allen Einzelheiten, so wie in einer einzigen Fabrik, volkswirtschaftlich planmäßig gestalten zu können (was m.E. tatsächlich der Fall ist), was unterscheidet dann ein Unternehmen der privaten Warenproduktion von einem Unternehmen der sozialistischen Warenproduktion? Warum soll unter solchen Verhältnissen z.B. eine Genossenschaft in einer privatkapitalistischen Volkswirtschaft ein Privatunternehmen und eine Genossenschaft in der vermeintlichen sozialistischen Wirtschaft ein gesellschaftliches Unternehmen sein?

Wenn man von einer massiven Umverteilung des Gewinns durch den Staat zur Vermeidung von Massenbankrotten und Massenarbeitslosigkeit absieht, und wenn man ferner von dem in der DDR üblichen allgegenwärtigen staatsbürokratischen Kauderwelsch absieht, dann gibt es im Modell einer "sozialistischen" Warenwirtschaft im Buch von Professor Matho an sich nur noch einen großen Unterschied zum gewöhnlichen Privatkapitalismus, nämlich die Preisbildung durch Berechnungen des Staates nach den gesellschaftlich durchschnittlichen Selbstkosten ¹⁹ (S.225 ff). Eine solche Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Selbstkosten für "gleiche" Erzeugnisse nach Prof. Matho, die konsequenterweise im Weltmaßstab durchgeführt werden müßte, ist meines Erachtens erstens, in der Praxis nicht möglich, zweitens, wäre sie selbst dann, wenn sie möglich wäre, mit riesigen Aufwand verbunden, und drittens, sie wäre unsinnig, wenn sich die Preise in einem Warenwirtschaftssystem ohnehin selbsttätig auf dem Markt bilden. Würde man sagen, daß Berechnungen weltweiter Durchschnittskosten durch Büros des Staates zu kleineren "Preisfehlern" führen als durch das spontane Wirken des Wertgesetzes, dann wäre dies eine willkürliche, nicht überprüfbare Behauptung. Und was wäre der revolutionäre Unterschied, wenn der Preisfehler realiter z.B. 4% statt 5% betragen würde?

Vermutlich fordert Professor Matho heute eine solche Durchschnittskostenberechnung durch den Staat als Grundlage für die Preisbildung nicht mehr. Dann allerdings unterscheidet sich die Preisbildung in seinem "Sozialismus" nicht mehr von der Preisbildung im Kapitalismus. Der einzige große Unterschied für den Fall, daß man überhaupt noch eine sozialistische Wirtschaft aufbauen will, wäre dann eine Umverteilung des Gewinns durch den Staat zur gleichmäßigeren Verteilung der Einkommen und zur Verhinderung von Massenbankrotten und Massenarbeitslosigkeit. Dieses Ziel

¹⁹ Matho, Fred, Ware-Geld-Beziehungen im Neuen ökonomischen System, S. 225 ff, Lektionen der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1965

kann z.B. im heutigen privatkapitalistischen Staat Deutschlands sofort gestellt werden. Grundlage der sozialistischen Produktionsweise wäre dann die privatkapitalistische Produktionsweise. Die Bürokraten des Staates würden lediglich den erfolgreichen kapitalistischen Unternehmen Gewinne nehmen und den "Versagern" geben. Der Sozialismus wäre damit nichts anderes als ein bürokratischer Privatkapitalismus.

Im privatkapitalistischen Staat regiert aber das private Kapital und läßt sich von den Bürohengsten des Staates die Butter nicht vom Brot nehmen. Einziger Ausweg wäre die Verstaatlichung der Konzerne um deren politische Macht zu brechen. Das Resultat wäre ein bürokratischerer Staatskapitalismus, der den Gewinn dann in großem Maßstab umverteilen könnte. Der "große Bürokrat im Apparat" würde dann, wie in der DDR, die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität drücken, denn die mächtige Triebkraft der privaten Räuberwirtschaft würde durch eine "gerechte" Umverteilung des Gewinns zwangsläufig abgeschwächt werden. Alle anderen grundsätzlichen ökonomischen Prinzipien wären die gleichen wie im Privatkapitalismus.

Wenn allerdings die Warenproduktion aufgegeben wird, dann stellen sich der Theorie komplizierte Probleme. Eine neue Ökonomie müßte unter anderem auf einer Preisbildung durch die **individuell aufgewandte** Arbeitszeit aufgebaut werden. Näheres zur Wert- und Preisbildung in einer nicht auf Warenaustausch und Warenproduktion gegründeten sozialistischen Wirtschaft siehe "Eine Welt ohne Profit", oder "Zum Verhältnis von Plan, Markt und Geld im Sozialismus" (Internet insbesondere unter <http://www.wolfgang-hoss-com>, Rubrik Sozialismustheorie), oder eine ausführliche Behandlung findet sich im Buch "Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft" von Wolfgang Hoss, Norderstedt (bei Hamburg) 2006.